

Lieferengpässe und Preissteigerungen wichtiger Baumaterialien als Folge des Ukraine-Krieges

Gremium:	Hauptausschuss Plenum	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	HA: 13 PL: 8	Zuständigkeit:	Amt für Bauverwaltung und Baukostencontrolling
Sitzungsdatum:	HA: 30.05.2022 PL: 03.06.2022	Stadt Landshut, den	18.05.2022
Sitzungsnummer:	HA: 24 PL: 26	Ersteller:	Forster, Brigitte

Vormerkung:

Zum Thema der Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Beschaffung von wichtigen Baumaterialien wurden folgende Rundschreiben veröffentlicht:

- 25.03.2022 Rundschreiben BMWWSB (s. Anlage 1)
- 31.03.2022 Rundschreiben StBM
- 07.04.2022 Rundschreiben Bayer. Städtetag

Sie enthalten Regelungen für neue und laufende Vergabeverfahren, sowie für eine Anpassung von bestehenden Verträgen. Diese Regelungen werden an Kommunen als Handlungsempfehlung weitergegeben. Insbesondere für neue Vergabeverfahren wird die Anwendung der Preisgleitklausel empfohlen.

Zudem veröffentlicht auch die Bayerische Architektenkammer Informationen für ihre Mitglieder: <https://www.byak.de/aktuelles/newsdetail/preisanstieg-beim-baumaterial.html>

Aktuell kann über die Ausschreibungen die konkrete Auswirkung des Ukraine Krieges auf die Baukosten der Stadt Landshut noch nicht dargestellt werden. Überprüft wurden die Verfahren zwischen 24.02.2022 und 03.05.2022.

Bei den 24 Submissionen, die seit Beginn des Krieges (24.02.2022) für die Maßnahmen

- Hauptfeuerwache Hofberg
- Erweiterungsbau Magdalenenheim
- Neubau Realschule
- Wohnbebauung Breslauer Straße

getätigt wurden, sind laut der Einschätzung der Projektverantwortlichen bei fünf Gewerken z.T. die Kriegseinflüsse für eine Erhöhung der Angebotspreise maßgebend, welche aber z. T. auch vor Kriegsbeginn bereits wegen Corona und Inflationsgeschehen im Vergleich zur Kostenberechnung erwartet wurde.

Es handelt sich um folgende Gewerke:

- Elektroinstallation Feuerwehrgerätehaus Hofberg, 15% Erhöhung im Vergleich zur KoBe aus 11/2021, 30.000 € Mehrkosten
- Zimmerarbeiten Feuerwehrgerätehaus Hofberg, 26% Erhöhung im Vergleich zur KoBe aus 11/2021, 52.000 € Mehrkosten
- Schlosserarbeiten für den Neubau der Realschule, 34% Erhöhung im Vergleich zur KoBe aus 07/2019, 93.000 € Mehrkosten
- Baumeisterarbeiten für die Wohnbebauung Breslauer Straße (trotz SPGK für Stahl), 63% Erhöhung im Vergleich zur KoBe aus 07/2018, 780.000 € Mehrkosten
- Ramm-, Rüttel- und Pressarbeiten für die Wohnbebauung Breslauer Straße, 100% Erhöhung im Vergleich zur KoBe aus 07/2018, 41.000 € Mehrkosten

Alle genannten Erhöhungen sind nicht ausschließlich dem Kriegsgeschehen, sondern z.T. auch der allgemeinen Preiserhöhung geschuldet. Es ist anzunehmen, dass weitere Steigerungen durch die Ukraine-Krise in den laufenden Vergaben und kommenden Submissionen deutlich werden.

Für den Neubau Realschule wurde andererseits das Gewerk Elektroarbeiten unter den erwarteten Kosten vergeben, wodurch man aktuell mit einer Reduzierung kalkuliert. Über alle Vergaben der vier Maßnahmen seit Kriegsbeginn summiert, liegt die Angebotssumme daher nun ca. 8 % über der Kostenberechnung. Schließt man das Gewerk Elektroarbeiten Realschule aus der Betrachtung aus, liegen die Mehrkosten bei ca. 23 % über der ursprünglichen Kostenberechnung.

Dabei muss betont werden, dass die Situation der Baukosten auch schon vor dem Konflikt in der Ukraine brisant war und in den Haushaltsanmeldungen versucht wurde, zu erwartende Preissteigerungen im Vergleich zur Kostenberechnung zu berücksichtigen. Für bereits abgeschlossene Verträge gehen zunehmend Anfragen von Auftragnehmern zu Preisanpassungen ein. Unter Berufung auf das Schreiben des Bundesbauministeriums zum Ukraine-Krieg stellen die Auftragnehmer Nachforderung unter Bezug auf die Störung der Geschäftsgrundlage im Sinne des §313 BGB. Ebenso gibt es für laufende Submissionen vielschichtige Nachfragen der Bieter zum Einsatz der Preisgleitklausel. Die Verwaltung muss auf Einzelfallbasis, in Abstimmung mit dem Rechtsamt, die Nachtragsangebote in laufenden Verträgen und Empfehlungen zur Anwendung der Stoffpreisgleitklausel aufwändig prüfen. Kostensteigerungen aus berechtigten Nachforderungen für bestehende Verträge können zum aktuellen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Dem Plenum wird empfohlen zu beschließen:

Vom Bericht des Referenten über die aktuelle Kostensituation bei den Baumaßnahmen

- Hauptfeuerwache Hofberg
- Erweiterungsbau Magdalenenheim
- Neubau Realschule
- Wohnbebauung Breslauer Straße

wird Kenntnis genommen.

Anlagen:

Anlage 1 - Rundschreiben BMWSB vom 25.03.2022

Anlage 2 - Stand Vergaben / Submissionen für Baugewerke

